

**Einzelpreis 15 000 Mk.**

Bezugspreis monatlich:  
In der Geschäftsstelle 300.000 Mk. pol.  
Durch Zeitungsboten 320.000  
die Post 320.000  
Ausland 400.000  
Pro Woche 80.000  
Redaktion und Geschäftsstelle:  
Lodz, Petrikauer Straße Nr. 86.  
Telephon Nr. 6-88.  
Postcheckkonto 60.689.  
Honorare werden nur nach vorheriger  
Vereinbarung gezahlt. Unverlangt ein-  
gelandete Manuskripte werden nicht auf-  
bewahrt.

# Freie Presse

**Verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.**

**Erscheint mit Ausnahme der nach  
Sonntagen folgenden Tage frühmorgens  
Anzeigenpreise:**  
Die 7-gesp. Millimeterzeile 3000 Mk. pol.  
Die 3-gesp. Reklamezeile (Millim.) 10000  
Eingeliefert im lokalen Teile 20000  
für Arbeitsstunden besondere Vergütun-  
gen. Anzeigen an Sonn- und  
Feiertagen werden mit 25 Prozent be-  
rechnet. Auslandsinhalte 50%. Zuschlag  
bei Betriebsstörungen durch höhere Ge-  
walt, Arbeitsniederlegung, Schließung  
der Zeitung oder Aussperrung hat der  
Bezieher keinen Anspruch auf Nach-  
lieferung der Zeitung oder Rückzahlung  
des Bezugspreises.

Nr. 131.

Lodz, Mittwoch, den 24. Oktober 1923.

1. Jahrgang.

## Hausdurchsuchungen bei Deutschen in ganz Polen!

Während wir früher nur von Hausdurchsuchungen bei Deutschen in den ehemals preussischen Teilgebieten hörten, ist man heutzutage bereits nunmehr dazu übergegangen, diese Maßnahmen auf eine breitere Grundlage zu stellen. Am vergangenen Freitag mußten auch wir hier in Lodz uns Hausdurchsuchungen gefallen lassen, worüber wir bereits ausführlich berichteten.

Dieser Tag, der 19. Oktober im Jahre des Heils 1923, gewinnt aber eine besondere Bedeutung, wenn wir erfahren, daß am gleichen Tage in allen Gebiets- teilen Polens Hausdurchsuchungen bei deutschen Bürgern und Institutionen stattfanden. Sie beschränkten sich nicht nur auf Posen, Bromberg, Ostrowo, Rattowisch, Rogasen, Dirschau, Bissa, Rattowisch und einige andere Orte des ehemals preussischen Teilgebietes, sondern gleichmäßig fanden auch Hausdurchsuchungen in den Räumen deutscher Organisationen und in den Wohnungen von Bürgern deutscher Nationalität in Galizien statt. In Bromberg erfolgten sie in der Hauptgeschäftsstelle des „Deutschen Volksbundes“, in der Schriftleitung der dortigen „Deutschen Rundschau“, beim Hauptgeschäftsführer dieses Blattes, Herrn Gottlieb Starke, sowie bei 16 Mitglieder des Deutschbundes.

In Dirschau wurden am Donnerstag voriger Woche unter anderem durchsucht das Redaktionszimmer und die Privatwohnung des Verlegers der „Deutschen Zeitung“. Es wurde festgestellt, daß irgend welches belastende Material hier nicht vorhanden war.

Über die teilweise etwas stürmisch verlaufenen Hausdurchsuchungen in Bissa i. P. berichtet das „Biss. Tageblatt“ folgendes: Freitag fanden wieder einmal in unserer Stadt eine Reihe von Hausdurchsuchungen bei verschiedenen deutschen Bürgern statt. So bei Herrn Pastor Willigmann, Rechtsanwalt Dr. Rummler, Direktor Dr. Bin. Nieschlag, dem Geschäftsführer des aufgelösten Bauernvereins, Herrn Reiz, in der Gemeindegasse bei Herrn Anton Jense und in der jüdischen Loge. Die Hausdurchsuchungen überall glatt von statten, nur bei Herrn Pastor Willigmann ging es etwas stürmisch zu. Er gestattete trotz lebhafter Auseinandersetzungen dem mit der Hausdurchsuchung beauftragten Polizeioberwachmeister die Hausdurchsuchung nicht, weil sie den gesetzlichen Vorschriften der Strafprozessordnung nicht entsprach. Nach erregter, geradezu dramatisch, wurden die Ermittlungen mit dem namhaften herbeigerufenen Kriminalkommissar Krawczynski, der mit Drohungen mit Verhaftung und Gewalt, beharrte Herr Pastor Willigmann darauf, bis endlich ein Staatsanwalt vom Gericht erschien und die Hausdurchsuchung ohne Hindernis vor sich ging. Selbstverständlich wurde wie immer, auch diesmal bei keinem der deutschen Bürger etwas gefunden.

Aus Jutroschin im Kreise Namisch wird dem „Pol. Zbl.“ geschrieben: Im Verlauf von vier Monaten hat das hiesige evangelische Pfarrhaus dreimal Hausdurchsuchungen erlebt. Am 11. Juli wurden die dem evangelischen Jugendbundesbund gehörigen Bibliotheks- bücher im Auftrag des Polizeikommandanten und, ab-

wohl der Ankauf der Bücher einwandfrei nachgewiesen wurde, bisher nicht freigegeben. Am 6. August wurden einige Schriften des Deutschbundes durch das hiesige Kreisgericht beschlagnahmt und am 19. Oktober auf Anordnung des Staatsanwalts in Bissa das ganze Pfarrhaus länger als fünf Stunden durch drei Gendarmen unter Zuziehung zweier bürgerlicher Beugen durchsucht. Danach gefahndet wurde, wurde nicht gefast; jedenfalls wurde in den Diensträumen des Pfarrers fast jedes Buch und Altent- stück durchblättert und jede Schublade geöffnet. Das Ergebnis der Hausdurchsuchung war die Beschlagnahme von Heften der „Evangelischen Jugendhilfe“ aus den Jahrgängen 1919 und 1921, sowie eines Schreibens des Deutschbundes vom 19. Mai 1921 betreffend Lieferung der Bundeszeitung.

Über die Hausdurchsuchungen in Rattowisch meldet die „Rattowischer Zeitung“: Am 19. Oktober wurden die Geschäftsräume des Deutschen Volksbundes, des Bezirkskulturreis und des Wohlfahrts- bundes einer eingehenden polizeilichen Durchsuchung unterzogen. Eine Anzahl Alben und loser Schriftstücke wurden beschlagnahmt. Gleichzeitig wurden in den Woh- nungen von Vorstandsmitgliedern und einiger anderer deutscher polizeiliche Durchsuchungen abgehalten, die sämtlich ergebnislos verliefen.

Zu den Hausdurchsuchungen schreibt die Bromberger „Deutsche Rundschau“ sehr treffend:

„Wie wir aus den hiesigen und polnischen Quellen erfahren, haben am Freitag, den 19. Oktober, nicht nur in unserem Gebiet, sondern auch bei deutschen Bürgern und Organisationen stattgefunden, man hat auch in Kon- gresspolen, Galizien und Oberschlesien das gleiche staatsbürgerliche Ermittelungsmittel angewandt, um das seit Jahren gesuchte Material endlich zu finden, mit dem man die vielfachen amtlichen und ungeschlichen nichtwahren Behauptungen unserer Staatsgefährlichkeit beweisen will.“

Wir sind der Ueberzeugung, daß dieses Material an keinem Ort und in keinem Hause unserer Republik gefunden wird, in dem Deutsche wohnen. Wo nichts ist, hat — nach dem Sprichwort — nicht nur der Kaiser, sondern auch die ungerechte Beschuldigung ihr Recht verloren. Wir kommen noch eingehend auf diese politische Maßnahme unserer Regierung zurück und wollen ihr heute nur öffent- lich unseren Dank dafür aussprechen, daß sie durch diesen Akt des Mißtrauens einer friedlichen Minderheit gegenüber, das deutsche Volkstum in allen Teilgebieten der Republik in eine nur noch engerer Nationalgemeinschaft zusammen- geschlossen hat. Der 19. Oktober 1923 wird in der Ge- schichte des Deutschbundes in Polen ein wichtiger Tag bleiben; man hat es vorzüglich verstanden, die Kolonisten und Handwerker, die Arbeiter und Kaufleute, die ganze deutsche Minderheit, die mit reinem Gewissen das Erbe ihrer Väter zu wahren weiß, an die heilige Ge- meinschaft des Blutes und des Lebens zu erinnern.“

gehoben. Damit soll der Staatspräsident bei ge- wissen, zurzeit einflussreichen Kreisen Mißfallen erregt haben.

### Unnötige Alarme.

Unter dieser Überschrift schreibt die „Polka Brojna“, des Organ des Kriegsministeriums u. a.: „Die letztere angeordnete Einberufung des Jahrganges 1898 wurde hier und dort in der Weise kommentiert, daß aus ihr ein typischer Kriegsalarman gemacht wurde, und das durchaus unnötig, da hier nur ganz normale Heeresmaß- nahmen in Betracht kommen, die mit einem Kriege nichts ammin haben. Gewöhnlich sollen wir zwei Jahrgänge unter Waffen haben. Gegenwärtig aber haben wir nur aus Rücksichten finanzieller Natur einen unter Waffen.“

Um also an der Kriegsfähigkeit keine Einbuße zu erleiden, wurde in vollständig normaler Weise der Jahr- gang 1898 zu den Waffen berufen, um eine entsprechende Ausbildung zu erfahren. Dieser Jahrgang wurde erst jetzt einberufen, und nicht bedeutend früher, wie dies auch ge- wohnt war, um die Vervollständigung aller landwirtschaftlichen Arbeiten, wie das Einrichten der Kartoffeln, Rüben usw. zu ermöglichen, d. h. also, um in der Landwirtschaft keine Störungen zu verursachen.

## Die Notwendigkeit der Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels.

Ein Leser der „Freien Presse“ sendet uns zu obiger Frage nachstehenden Aufsatz, der in um- fassender Weise die vielfältigen katastro- phalen Nachteile beleuchtet, die unsere der- zeitige Währung, die polnische Mark, ver- möge ihrer schwankenden Tendenzen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens verursacht. Was wir hierbei vermischen, das sind positive Vorschläge hinsichtlich der Schaf- fung des geforderten wertbeständigen Zahlungs- mittels. Wir empfehlen diese Ausführungen der Aufmerksamkeit der zuständigen Regie- rungsstellen, die unseres Erachtens in er- ster Linie verpflichtet sind, einen Ausweg aus dieser katastrophalen Lage zu schaffen. Sowohl in Deutschland als auch im Freistaat Danzig hat man die Lösung dieser Frage mit aller Energie in die Hand genommen und wir stehen in letzterem Falle bereits vor greifbaren Resultaten. Vielleicht wäre es angebracht, daß unsere in Frage kommenden Stellen die Pläne des Danziger Finanzsenators Volkman einer ein- gehenden Prüfung unterziehen und sich etwaige praktische Momente daraus zunutze machen. Je- dentfalls dürfte mit der Lösung dieser brennenden Frage auch nicht einen Tag mehr gezögert werden.

Die Schriftleitung.

Über Ursachen und Gründe des Marksturzes sowie Abhilfe wird tagtäglich eine Unmenge geschrieben und doch findet man nirgends den Kern berührt. Der Grund hierfür liegt klar zutage: es geht gut dabei. Dar- unter sind zu verstehen Personen und Gruppen, die irgend- welchen namhaften Einfluß haben. Oder ist dem nicht so? Wohl kaum, denn sonst wäre doch schon Abhilfe ge- schaffen oder doch wenigstens der Weg hierzu beschritten worden. Man findet häufig in Artikeln, daß direkt falsche Behauptungen aufgestellt werden, die sicherlich nicht alle auf Unkenntnis zurückgeführt werden können, sondern teil- weise ihren Grund darin haben, daß es das größte In- teresse des Artikelschreibers ist, die Deffiantheit und die maßgebenden Stellen in die Irre zu führen und wo dies nicht möglich ist, wenigstens unsicher zu machen. Auf diese Weise hoffen diese Leute die verabschiedeten Zustände zu erhalten, in denen es sich so schön im Trüben fischen läßt.

Ein Novum, das geradezu in Erschauern versetzt, ist da die Äußerung des Direktors der Badger Zweigstelle der Handelsbank in Warschau einem Vertreter der „Republika“ gegenüber. (Siehe „Freie Presse“ vom 6. Oktober unter „Handel und Volkswirtschaft“.) Besonders be- mer- kenswert ist es, daß ein Bankdirektor es wagt, der den Mark hatte, diese Äußerung zu tun, da die Banken sich unter den heutigen Finanzverhältnissen am wenigsten zu beklagen haben. In diesem Artikel wird Front gemacht gegen das Unwesen der Markwirtschaft und des Markbis- konis und auf die schädlichen Folgen hingewiesen. Der Artikel tritt für Einführung eines festen Wert- messers ein.

Die Frage des festen Wertmessers ist seit langem schon akut und es ist viel dafür und dagegen geschrieben und gesprochen worden. Es ist doch so leicht, sich ein klares Urteil für oder wider zu bilden. Die Beantwortung einiger Fragen genügt: Soll das Geld einen festen Wert- messer darstellen? Ist es seine Aufgabe, den Handel zu erleichtern? Soll es den Tauschhandel von seiner Wert- mäßigkeit machen? Soll es den Gegenwert für Ware oder geleistete Arbeit ungeändert darstellen? All diese Fragen sind unzweifelhaft mit ja zu beantworten.

Erfüllt nun die polnische Mark diese Anfor- derungen? Nein, in keiner Weise. Sie ist im höchsten Grade labil, sie erschwert den Handel, denn sie muß beständig angewandt werden, obgleich sie für diesen Zweck untauglich ist. Sie zwingt, wenn man nicht wider das Gesetz verstoßen will, wieder zum Tauschhandel überzu- gehen, wenn man nicht großen Verlusten ausgesetzt sein will. Dies ist aber im 20. Jahrhundert eine unmögliche Form des Handels. Die Mark stellt den Gegenwert für

### Das Wichtigste im Blatt:

Offizieller Dollarkurs = 1.390.000 poln. Mark.  
Hausdurchsuchungen bei Deutschen in ganz Polen.  
Präsident Wojciechowski will zurücktreten?  
Die Notwendigkeit der Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels (8 Artikel).  
Stutige Unruhen in Hamburg.  
Monarchie in Griechenland.

## Staatspräsident Wojciechowski will zurücktreten?

Wie dem Krakauer sozialistischen „Naprzód“ aus Warschau aus zuverlässiger Quelle berichtet wird, trägt sich der Staatspräsident Wojciechowski seit einiger Zeit mit Rücktrittsge- danken. Man glaubt, daß der Rücktritt in allernächster Zeit erfolgen wird. Wie parlamenta- rische Kreise erfahren, soll der fortgesetzte Niedergang der Wirtschaft und die Unmög- lichkeit baldiger Finanzsanierung den Präsi- denten zu diesem Schritt veranlaßt haben.

Eine zweite Meldung aus Warschau gibt an- dere Gründe für die Möglichkeit eines Rücktritts des Staatspräsidenten an. Danach sollen die Rück- trittsgedanken des Präsidenten Wojciechowski mit seiner letzten Reise im Zusammenhang stehen. Herr Wojciechowski hat hier gelegentlich seiner Anspra- chen wiederholt die großen Verdienste des Mar- schalls Josef Pilsudski um das Land hervor-



die Ware um, nicht bar, denn der Dollar ist in der letzten Zeit in der Sekunde bis um 180 Mkp. gestiegen, in einer Sekunde also läßt sich kein Geschäft abwickeln, geschweige denn das Mindesteinkaufsgeld tätigen. Wo weg mit der Mark! Was seine Aufgabe nicht erfüllt, ist nicht nur unnütz, sondern direkt schädlich.

Es ist nicht schwer, dies nachzuweisen. Es soll nur einiges angeführt werden: Ist heute eine Kalkulation möglich, wo alle Stunde alle Preise differieren? Sie läßt sich nur mit einer großen Marge nach oben machen, und das ist gleichbedeutend mit Preisausschlag, der sonst überflüssig wäre. Die Folge davon ist die bekannte Preis-schraube. Ist ein Wechselkurs zu normalem Satze möglich? Nein, die Sätze wachsen ins Ungemessene. Eine Folge davon ist die Notwendigkeit, diese für den ersten Kaufmann wichtige Kreditquelle nach Möglichkeit auszu-schalten. Weitere Folgen: Bargeldnot, Zahlungs-schwierigkeit, Störung im Handel, Konsum, Betriebs-einschränkungen, Arbeitslosigkeit, Lohnrückgang, Anstehen, weiterer Mark-fall, — und so geht die Kette fort. Auf der anderen Seite finden wir das Verhalten dunkler Elemente, mit der Ausnutzung von Wechseln sich große Vermögen zu er-schwindeln. Wird doch die Schamlosigkeit so weit getrieben, daß man Ummengen von Wechseln zu Protest gehen läßt, aus dem einzigen Grunde, um noch einige Tage am Mark-turs verdienen zu können. Dieses große Wechselangebot drängt auf den Markt. Der Produzent ist zur Annahme dieses nichtswertigen Papiers gezwungen, er hat große Verluste hierdurch, die er auf den Preis abwälzen muß, oder es folgen Betriebs-einschränkungen usw. Natürlich wird weiter auf den Staat gedrückt, billige Diskonts zu gewähren, welche Vergünstigung nun wieder von den Vor-ten ausgenutzt wird, um sich zu bereichern oder um sie einem kleinen Kreise Begünstigter bzw. Teilhaber weiterzugeben. Also: Ungerechtigkeiten, Begünstigung unlästiger Kon-kurrenz und so fort.

Wie sieht der Staat dabei aus? Unruhen sind für den Staat nie förderlich, Unzufriedenheit der Bürger ist von allein schädlich genug. Und hat der Bürger nicht Veranlassung, unzufrieden zu sein bei der geradezu unge-heuren Steuerlast, die auf ihm liegt? Wie kommt er denn dazu, Steuern indirekt hoch in die Tasche der Wech-selgänger zu zahlen? Denn Marktentwertung ist doch nichts anderes als eine Steuer, die jeder zahlt, der politi-sche Markt besitzt oder verborgt hat. Eine Steuer insofern, als der Staat durch die Marktentwertung seine Schuld an den Marktbefitzer, in Gold gerechnet, verliert. Der Staat ist nur Mittelsperson. Er leidet durch Marktfall keinen Schaden. So lange ihm der Bürger gestattet zu drücken, zahlt es ja der Bürger. Die schlechte allgemeine Wirtschaft bzw. eine schlechte Staatswirtschaft wird erst offenbar, wenn der Bürger dem Staate durch den Sejm einen Riegel vor-schiebt, denn dann erst muß er im Auslande Anleihen aufnehmen und vor aller Welt offenbar sich verschulden. Der Regierung als solcher kann es also völlig gleichgültig sein, ob die Marktwirtschaft und ihre schädlichen Ausflüsse anhalten, so lange der Bürger sich diese ungerechte Be-lastung gefallen läßt. Es ist sogar einestells beque-mer so, denn diese Steuer ist eine bemittelte. Der Re-gierung als solcher kann es aber nicht gleichgültig sein, ob Ruhe oder Unruhe im Lande herrscht. Und das ist der Grund, weswegen einschlägige Leute in der Regierung die Abschaffung der Marktwirtschaft und Rückkehr zu normalen Verhältnissen, d. h. zu einem festen Wertmesser, vorzugs-lich und durchzuführen versuchen. Gerade aber bei den Vertretern der Bürgerchaft sieht man hierbei auf Wider-stand, denn nur wenige von ihnen vertreten die Interessen der Masse, die unter den Verhältnissen leidet, sondern ihre eigenen Interessen und die ihrer Gruppen, die mit Hilfe ihres Einflusses in der Lage sind, die Nachteile dieser Wirtschaft zu vermeiden und die Vorteile abzuschöpfen.

Es soll hier nicht weiter ausgeführt werden, daß die aus der Marktwirtschaft resultierende Verteuerung die Konkurrenz mit dem Auslande unmöglich macht, wodurch die vorhandene Arbeiterschaft nicht aufge-nutzt werden kann und so ein Verlust an Volkswert-mögen eintritt, indem die Handelsbilanz statt aktiv passiv ist. Auch sei nur kurz darauf hingewiesen, daß durch die unmäßige Verteuerung der Produkte Beamte und Arbeiter um ein gut Teil des Verdienstes beraubt werden, indem die ohnehin schon zu hoch belastete Ware eine prozentuale Verteuerung durch höhere Löhne keinesfalls mehr verträgt und die Folge weitere Betriebs-einschränkungen wäre. Als direkte Folge des letztgenannten Umstandes muß auch das Mieterschicksal angeführt werden, was sonst nicht nötig wäre. Daß infolgedessen die Städte allmählich zu Trümmerstätten werden und von Tag zu Tag die Wohnungsnot wächst, ist bekannt. Es soll geschwiegen werden von vielem anderen, denn es würde dies zu weit führen.

Kurz gesagt: Schuld an der Marktkatastrophe und den Preissteigerungen etc. ist nicht die Regierung an sich, es sei denn, daß man ihr den Vorwurf machen könnte, daß sie nicht den Mann besitzt, der die Energie aufbringt, die-ser Wirtschaft ein Ende zu machen, auch gegen den Willen der Schädlinge. Schuld ist nicht die Masse der Fabrikanten, denn die Masse von ihnen verliert durch diese Zustände und reißt sich bei den Verhältnissen frühzeitig auf. Schuld ist die Masse der Bankleute, denn sie strebt sich höchstens gegen hohe Steuern, zahlt sie aber ebenso wie alle anderen durch die Marktentwertung, auch wenn sie glaubt, bei Steuern gut abzuschneiden, indem sie direkt weniger belastet wird. Schuld sind nicht die Arbeiter wenn sie mehr Lohn und mehr Arbeits-tage verlangen, wozu die Verhältnisse nicht

die Möglichkeit geben. Schuld sind einzig und allein die Leute und Gruppen, die sich der Einführung eines festen Wertmessers und damit einer geregelten Wirtschaft wider-setzen und darin so weit gehen, daß sie diese Einführung gänzlich für schädlich erklären und die Menge dadurch in die Irre führen, so daß diese nicht sieht, was klar auf der Hand liegt und was ihre einzige Rettung aus dem ganzen heutigen Valutenchaos nur sein kann: die Wie-der-einführung eines festen Wertmessers in allen seinen Konsequenzen, Abschaffung aller Möglich-keiten zu Marktspekulationen und dunklen Marktmachina-tionen.

Wenn jemand einwenden sollte, daß dies nicht mög-lich wäre, da mit demselben Augenblick eine Stagnation und Arbeitslosigkeit eintreten würde, so ist das keineswegs richtig. Über diesen der Lage nach kurzen aber kräftigen Gesundungsprozeß können sehr leicht der Staat, die Städte sowie die dann auftretenden Bauern etc. durch Befreiungsaufträge hinüberhelfen, nämlich so lange, bis der Absatz der Waren durch den normalen, den Export, abgelöst wird. Dieser wird aber sehr bald einsetzen können durch Verbilligung der Ware durch Wegfall der ganzen Kurs-marken, hohen Zinsen, Provisions- und Kommissions-lage, unglaublichen Diskonts etc., die dann wieder dem Bürgersatz unterliegen könnten und auch schon durch die private Konkurrenz fallen würden. Die zeitweilig erforder-liche Hilfe würde durch den gesunden Export entbehrlich werden und allen Teilen geholfen sein.

### Der Zwischengulden vom Danziger Volkstag genehmigt.

Danzig, 21. Oktober. In der Freitagssitzung des Danziger Volkstages ist der Gesetzentwurf über die Ein-führung des Zwischengulden, nachdem der Haupt-ausschuß den ursprünglichen Senatsentwurf einer gründ-lichen Durcharbeitung und teilweisen Abänderung unter-legen hatte, einstimmig angenommen worden.

Königsberg, 23. Oktober. (A. B.) Heute werden zum ersten Mal die Danziger Zwischengulden in Umlauf gebracht werden. Vom 1. November ab wird die Post neue Post-marken in Guldenwährung herausgeben.

### Um eine amerikanische Anleihe für Deutschland.

New York, 22. Oktober. (Nat.) In Amerika weichen der ehemalige Reichskanzler Dr. Cuno, der Bize-vorsteher des deutschen Industriellenverbandes Froh-mein und ein Vertreter der deutschen Banken, um eine Anleihe für Deutschland zu erwirken. Dem amerika-nischen Projekt zufolge wird diese Anleihe ein amerikanisches Bankkonkordat in Form von Anteilen an der ge-plannten deutschen Emissionsbank erhalten.

### Paris erwartet ein deutsches Stun-dungsgesuch.

Paris, 21. Oktober. (A. B.) Der Pariser Korre-spondent der „Prager Presse“ erzählt aus gut unterrichteter Quelle, daß in französischen politischen Kreisen in die-sen Tagen ein neuer Schritt der deutschen Reichsregierung in der Reparationsfrage erwartet wird. Beinhaltet der Inhalt einer etwaigen neuen deutschen Note glaubt man nicht, daß Deutschland mit eigenen Vorschlägen kommen werde. Es würde dies vielmehr, so erwartet man, ein neues Gesuch um Gewäh-rung eines Moratoriums in Reparations-fragen sein.

### Ein deutsches Interventionsgesuch an Italien.

Rom, 21. Oktober. (Nat.) Der deutsche Ge-schäftsträger in Rom wandte sich an Mussolini mit dem Vorschlage einer Intervention bei der fran-zösischen Regierung wegen Normierung der Verhältnisse im Ruhrgebiet.

### Gescheiterte Lieferungsverhandlungen.

Düsseldorf, 23. Oktober. (Nat.) Auf einer mit der Lieferungskommission abgehaltenen Sitzung erklärten die deutschen Industriellen sich bereit, die Re-parationslieferungen wieder anzunehmen, jedoch unter der Bedingung, daß ihnen die Kohlensteuer erlassen werde. Die französischen und belgischen Vertreter erwiderten hierauf, daß eine Verständigung angesichts solcher Bedingung unmöglich sei.

### Die Lage im besetzten Gebiet.

Düsseldorf, 14. Oktober. (Nat.) Auf Grund einer Besetzung des Generals Degoutte werden dieje-nigen der Kriegsgeschiedenheiten unterliegen, die sich Gewalttaten gegen Personen zuschulden kommen las-sen, welche mit den Besatzungsbehörden zusammenarbeiten.

Paris, 21. Oktober. (A. B.) Die Havas-Agentur-meldet, daß im Düsseldorf-Industriebezirk eine ganze Anzahl von Fabriken und Industrieunternehmungen in der massenhaften Entlassung ihrer Ar-beiter begonnen haben.

### Neues von der Rheinischen Republik.

Düsseldorf, 23. Oktober. (Nat.) Matthes rich-tete ein Schreiben an die Interalliierte Kom-mission, worin er diese von der Bildung einer vor-läufigen Regierung im Rheinland in Kennt-nis setzt.



3016

Düsseldorf, 23. Oktober. (Nat.) Die neue Re-gierung wird unverzüglich Verhandlungen mit den Besatzungsbehörden aufnehmen.

Machen, 23. Oktober. (Nat.) Die republikanische Bewegung hat sich außer auf Mainz, Baden und München-Glabbech nunmehr auch auf Vöden, Bernkassel und Trier ausgedehnt. In Wanne-fam es zu einem Zusammenstoß zwischen Separat-isten und Kommunisten. Zwei Sonderbändler wurden getötet, 6 Kommunisten verwundet.

Wien, 23. Oktober. (Nat.) Die „Neue Freie Presse“ berichtet aus Frankfurt a. M.: Gestern wurde in Wiesbaden (?) die Rheinische Republik prokla-miert. Auf dem Rathaus weht die blau-weiße Fahne. Der Rathaus sowie die Regierungsgebäude sind durch die Rheinlandtruppen besetzt. Der Handstreich vollzog sich ohne Blutvergießen. Die Telephonverbindung hat keine Unterbrechung erfahren.

Gestern versammelte sich vor einem der Regierungs-gebäude eine Menschenmenge, die die Sonderbändler mit Schimpfwörtern angriff. Diese nun machten von der Waffe Gebrauch und trieben die Menge auseinander, wobei etwa 10 Personen verwundet wurden.

Brüssel, 23. Oktober. (Nat.) In Aachen sind Unruhen ausgebrochen. Die Sicherheitspolizei schoß in einer Aufsammlung von Kommunisten, wobei mehrere Per-sonen getötet wurden. Wie mitgeteilt wird, soll die Stadt Busbach (?) in Flammen stehen.

Paris, 23. Oktober. (Nat.) Meldungen des „Ma-tin“ aus Aachen zufolge hat die dortige deutsche Polizei die republikanischen Fahnen zu zerschneiden versucht. Oben-beschoß sie im Kratzenwagen fahrende Sonderbändler, die das Feuer erwiderten. Der Ausgang des Kampfes, der in Aachen tobt, ist noch unbekannt. Das Feuer-geschäft nimmt an Umfang zu.

Berlin, 23. Oktober. (A. B.) In der Stadt Ma-gen wurde die Rheinische Republik ausgerufen. Da-gegen wurden in Koblenz selbst und in Aachen die Sonderbändler hinausgetrieben und zum Rückzug ge-zwungen.

Koblenz, 23. Oktober. (Nat.) Die Sonderbändler haben die Präfektur in Trier besetzt.

### Blutige Unruhen in Hamburg.

Berlin, 23. Oktober. (A. B.) Aus Hamburg wird berichtet, daß die Kommunisten die dortige Polizei ent-waffnet und die Polizeikaserne besetzt haben. Nach schweren Kämpfen gelang es der Polizei, die Kaserne wieder einzunehmen. In der Zwischenzeit wurden jedoch die Lebensmittelläden von der Menge ge-plündert. In mehreren Vorstädten Hamburgs wurden Barrikaden errichtet, vor denen erbitterte Kämpfe ausgefochten werden. In den Fabriken und Häfen hat jede Arbeit aufgehört.

Berlin, 23. Oktober. (A. B.) Heute wurde in der Stadt Pyrna in Sachsen die einwandernde Reichswehr beschossen. Im Zusammenhang damit wurde an die Bevöllerung die Verordnung erlassen, die Wohnungen nicht zu verlassen. Die Kämpfe dauern fort weiter an. Auch in Meissen ist es zu Zusammenstößen gekommen.

Dr. Reigner



der Vorsitzende der sozialistisch-kommunistischen Regierung in Sachsen.



## Der Konflikt mit Bayern.

Wien, 23. Oktober. (Pat.) Die „Neue Freie Presse“ berichtet aus Berlin: Der Reichsrat wird am Mittwoch nachmittag zusammentreten, um sich mit dem Konflikt mit Bayern zu beschäftigen. Auf dieser Sitzung wird Bayern wahrscheinlich konkrete Anträge bezüglich der Beilegung des Konflikts stellen. Bei dieser Gelegenheit beabsichtigt die bayerische Regierung eine Reihe von Sonderrechten zu fordern, darunter eine gesonderte Finanz-, Militär- und Eisenbahnverwaltung.

Berlin, 23. Oktober. (N. M.) Die von den politischen Kreisen gehegte Hoffnung, daß der Reichsrat eine Entspannung im deutsch-bayerischen Konflikt herbeiführen werde, beginnt mehr pessimistischen Ansichten Platz zu machen. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß der bayerische Ministerpräsident Krieger die persönliche Teilnahme an der Konferenz abgelehnt hat, den der bayerische Gesandte in Berlin vertreten wird. Außerdem macht die Konfiszierung des Vorrats von General v. Seede einen unliebsamen Eindruck.

München, 23. Oktober. (Pat.) Die Vereidigung der bayerischen Reichswehrabteilungen wurde vom Kommandanten Beranzen vollzogen. In einer bei dieser Gelegenheit gehaltenen Ansprache erklärte General Lossow, er bürge dafür, daß die deutschen Interessen sowohl durch die Reichswehr als überhaupt durch ganz Bayern gewahrt würden. Von einer Absonderungsbewegung könne keine Rede sein. Der deutsche Gedanke solle in Bayern stets hochgehalten werden. General Lossow schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Ich stehe vollkommen auf dem Standpunkt der bayerischen Regierung.“

General v. Lossow



Kommandeur der Reichswehrtruppen in Bayern

## Braunschweig bleibt reichstreu.

Braunschweig, 23. Oktober. (Pat.) Die braunschweigische Regierung hat den Ausruf der Reichsregierung mit einer Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, daß Braunschweig treu zum Deutschen Reich und seiner Regierung halten werde.

## Der neue deutsche Verpflegungsminister.

Berlin, 23. Oktober. (N. M.) Die angekündigte Ernennung des Grafen Kaunitz zum Verpflegungsminister ist nunmehr amtlich bekannt worden. Der Minister hat seine Amtstätigkeit mit einem Ausruf an die Agrarierkreise begonnen, in dem er zur Zusammenarbeit mit der Regierung bei der Versorgung der Stadtbewohner aufgefordert werden.

## Ein wertvolles Buch.

Selix v. Ingersleben, Direktor des Deutschen Gymnasiums zu Lodz, Geschichte d. Neuzeit. Zur Selbstbelehrung und als Hilfsmittel beim Geschichtsunterricht. Druck: Akt.-Ges. Kompass. Selbst-Verlag d. Verfassers. IV + 367 Seiten. Preis M. 400 800.

Das Buch des Herrn v. Ingersleben, das bereits in der Ausgabe der „Freien Presse“ vom 30. September kurz besprochen wurde, verdient mit Rücksicht darauf, daß es für den Selbstunterricht bestimmt ist, eine umfassende Würdigung, um die weitestgehende Verbreitung desselben zu bewirken, die ein Interesse für die Geschichte der Gegenwart haben, zu fördern. Es enthält etwa 600 Seiten großen Formats, daß äußere Gewand des Buches stimmt glücklich mit dem ernsten Inhalt überein. Das Fehlen von genealogischen Tabellen und historischen Karten (heute allerdings eine teure Zugabe!) muß gewiß als ein bedeutendes Manko bezeichnet werden, ebenso die Eriparnis an Raum zwischen den einzelnen Kapiteln. Es sind diese Mängel, welche in der zweiten Auflage des Werkes unbedingt beseitigt werden müssen.

Der Text an sich wird mit einer hochschätzenden Sorgfalt vom Verfasser dem Lesenden unterbreitet: einleuchtend, klar, geübt. Vielleicht etwas zu trocken für den Laien, doch um so ergreifender für einen Geschichtslehrer oder auch einen Antiquar. Der schöne Salonismus erhält dank dem gewählten Deutsch einen eigentümlichen Reiz.

Die Objektivität des Verfassers, läßt, was den Inhalt seines Werkes betrifft, nichts zu wünschen übrig — für ein Geschichtswerk ist das das allerwichtigste. Das Werk befaßt sich mit der neuen und neuesten

## Die Wahlen in die österreichische Nationalversammlung.

Wien, 22. Oktober. (Pat.) Gestern fanden hier die Wahlen in die Nationalversammlung statt. Es nahmen gegen 90 Prozent der Wahlberechtigten teil. Die bisherigen Ergebnisse in ganz Österreich sind wie folgt: 73 Christlich-Soziale, 54 Sozialdemokraten und 8 Liberale. Die beiden großen Parteien, die Christlich-Soziale und die Sozialdemokratische erhielten im allgemeinen etwa die frühere Zahl der Sitze. Eine schwere Niederlage erlitten die Altparteien. — Gleichzeitig fanden in Wien die Wahlen in den Wiener Stadtrat statt. Hier trugen die Sozialdemokraten den Sieg davon, deren Zahl auf 79 anwuchs. Die Christlich-Sozialen erlangten 40 Mandate.

## Meuterei in Griechenland.

Athen, 23. Oktober. (Pat.) In der hiesigen Garnison ist eine Meuterei ausgebrochen. Die Regierung Gortas beherrscht die Lage.

Athen, 23. Oktober. (Pat.) Die militärische Bewegung hat auf vier Garnisonen in der Provinz übergriffen. 18 Garnisonen stehen auf Seiten der Regierung. Die Meuterei wird von General Matas geleitet. Bei Chalkis kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Regierungstruppen und Meutungen der Aufständischen. Die Polizei konfiszierte die Oppositionsblätter, die einen gegenrevolutionären Ausruf veröffentlichten.

Athen, 23. Oktober. (Pat.) Die Generale Deswarde Pulos und Kargalidis, die Führer der gegenwärtigen Bewegung, haben eine Rundgebung erlassen, in der sie die Auflösung des Revolutionsparlaments und den Rücktritt der Regierung fordern. Im ganzen Lande wurde der Belagerungszustand verhängt. In der Hauptstadt herrscht Ruhe.

## Schwere Erschütterung der Weltmachtstellung Japans.

Wie aus Wladivostok gemeldet wird, betragen die durch das Erdbeben in Japan verursachte Schäden 11 Milliarden Yen, d. h. 1/3 des japanischen Nationalvermögens.

## Parlamentsnachrichten.

### Sesssion vom 23. Oktober.

Vor dem Übergang zur Tagesordnung gibt der Marschall bekannt, daß der oberste Gerichtshof, das Mandat des Abg. Jankowski für ungültig erklärt, ferner daß der Abg. Josef Haller sein Mandat niedergelegt habe und an Stelle des zurückgetretenen Abg. Stummund Rabl der Abg. Josef Kowalski in den Sess eingezogen sei.

Nachdem in erster Lesung die Novelle zum Gesetz von der Invalidenversorgung der Kommission für soziale Fürsorge überreicht worden ist, wird zur ersten Lesung des

### Passgesetzes

Abg. Rutel bemerkt, daß Kongresspolen nach dem Zerfall der Teilungsmächte Pässe erhalten habe. Nun wolle Innenminister Riehl damit auch Klein- und Großpolen bedenken und damit 15 Millionen Menschen der Willkür der Polizeibehörden ausliefern, die genau

so wie bei uns nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben stünden. Wenn es sich lediglich um das Ausmaß der von tausend Leuten handle, deren Anwesenheit für den Staat unerwünscht ist, so gebe es hierfür noch andere Methoden. Redner beantragte im Namen seines Klubs, über das Gesetz zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Grünbaum (Nationalklub) führt aus, daß man bei der Vereinfachung der Gesetzgebung in der Weise verfahren, daß man verschiedene Kongresspolen verpflichtende Gesetze in Galizien und Großpolen einführe, statt umgekehrt vorzugehen. Die Vertreter der beiden letztgenannten Provinzen müßten in erster Linie dagegen Einspruch erheben. Redner stellt fest, daß man dieses Gesetz in erster Lesung ablehnen muß.

Abg. Brückel bekämpft in einer längeren Rede den Gesetzentwurf und spricht sich für den Antrag des Abg. Rutel aus.

Auch der Abg. Reger erklärt sich gegen das Gesetz, während der Abg. Kozłowski (Nat. Volks.) um eine Ablehnung des Antrags des Abg. Rutel ersucht.

Bei der Abstimmung durch Sammelstimmung wird der Antrag des Abg. Rutel mit 175 gegen 173 Stimmen abgelehnt (11) und das Gesetz in erster Lesung der Kommission für Verwaltungsangelegenheiten überwiesen.

Ebenso wird das Gesetz über die Anwendung einer wertbeständigen Einheit für Abgaben und andere öffentliche Einnahmen angenommen, worauf zur Aussprache über das

Zusatzprovisorium für das 3. Vierteljahr und das Budgetprovisorium für das 4. Vierteljahr geschritten wird.

Berichterstatter Abg. Tabaczynski (Nat. Volks.): Das Defizit für das 3. Quartal beläuft sich auf 7584 Millionen oder 120 Prozent des angenommenen Budgetprovisoriums. Verursacht wurde dies in erster Linie durch die Erhöhung der Beamtengehälter, die für das dritte Quartal 4750 Millionen Mark ausmachte. Der für das 4. Vierteljahr veranschlagte Kredit beträgt 12 Millionen, oder, wenn man die Möglichkeit einer Erhöhung derselben um 100 Prozent berücksichtigt, 24 Millionen. Die Einnahmen machen für das 4. Vierteljahr 9275 Millionen, das Defizit außerdem 16 Millionen aus. Dessen Hauptursache ist die rasende Teuerung und mit ihr das Wachsen der Beamtengehälter bis im Oktober gegenüber dem Juli, das stufenweise betrug. Die Einnahmen sind während der letzten 3 Monate infolge der Marktentwertung bedeutend zurückgegangen. Auf Polys umgerechnet brachten die direkten Steuern 11 Prozent der veranschlagten Summe, die indirekten 37, die Zölle 31, die Stempelgebühren 48, die Ausfuhrgebühren 18 und die Monopole 26 Prozent. Dagegen sind die Strafen für Verzögerung der Steuerentrichtung auf das 12-fache, die Luxussteuer auf das 5-fache angewachsen. Es zeigt dies von einer unmoralischen Sabotage des Staatsschatzes durch das Volk. Diese Auffassung beweist, daß die Einkommen des Staatsschatzes sich nicht auf die Markl stützen können. Schluß folgt.

## Die angetastete Unantastbarkeit unserer Parlamentarier.

In der Nacht vom 18. auf den 19. Oktober wurde seitens der Polizei in der Wohnung des Senators Hasebach (Deutsche Vereinigung) in Hermannowo bei Stargard eine Hausdurchsuchung durchgeführt.

Der hiesige „Glos Polski“ läßt sich in seiner gestrigen Ausgabe sogar melden, daß Senator Hasebach verhaftet worden sei.

Der Senatsmarschall Trompczynski soll in dieser Angelegenheit beim Innen- und beim Justizminister unter Hinweis auf die Unantastbarkeit der Mitglieder des Senats interveniert haben.

len erschienen ist, etwas ausführlicheres über die gegenwärtige Rolle der deutschen Reformationenprebiger, Handwerker, Kaufleute und Industrieller in Polen zu lesen — jedoch verlangen kann man dieses keineswegs ohne Symmetrie des Materials hören zu wollen.

Die in dem Buch erwähnte Erklärung des Nobelpreises an Siemkiewicz ist ein bemerkenswertes Zeugnis, das bereits längst vor dem Ausbruch des Weltkrieges von den westeuropäischen Nationen der polnischen Frage große Aufmerksamkeit zugewandt wurde und daß das Polenium sich schon damals durchsetzen verstand.

## Neue Schriften.

Sozialismus und Wirklichkeit. Von Univ.-Prof. Max Kaufmann. Dr. med., phil., jur. Halle (Saale) Halle a. S. 1923. Carl Wochold Verlagbuchhandlung. Grundpreis 0,30 M. Der Verfasser lehnt den Sozialismus ab. Er nennt ihn ein System von Ideen und Werturteilen, Bürokratie, eine große Lebensfrage und bezeichnet den Kapitalismus als einen elementaren, unveränderlichen Faktor des Menschen. Es sei nicht anzunehmen, daß die sozialistischen Götter ewig leben werden. Eine ganz andere Bewegung scheint sich vorzubereiten: die des Kampfes der Produzenten gegen die Konsumenten.

Östlich. Sonderheft zum vierten Jahrgang der Zeitschrift „Der Weiße Ritter“. Herausgegeben von Erich Malske. 1922. Berlin. Der Weiße Ritter — Verlag Preis 1,30 M. (Grundpreis).

Das vorliegende Heft ist der Frage der deutschen Auswanderung gewidmet. Der Verfasser Erich Malske tritt in der Schrift in überzeugender Weise für den Osten als wahrhaft deutsches Kolonialland ein, für den Osten, der schon vor Jahrhunderten das Ziel der fernsten deutschen Auswanderer gewesen ist. Der Verfasser findet kernhafte Worte der Anerkennung für die Väterarbeit der deutschen Siedler in Russland und Siebenbürgen, in den deutschen Auslandsbeziehungen überhaupt und Worte der Ermunterung für alle kommenden Grenzlandarbeiter.



Boh, den 24. Oktober 1923.

(Fortsetzung folgt).









Nach kurzem schwerem Leiden verstarb gestern unser lieber

# Friedrich Arnold

im Alter von 51 Jahren. — Die Beerdigung des teuren Entschlafenen findet Donnerstag, den 25. Oktober, um 3 Uhr nachmittags, von der Leichenhalle des alten evangelischen Friedhofes aus, statt.

8189

Die trauernden Hinterbliebenen.

## Dankfagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer unvergessenen Mutter, Frau

## Auguste Hiller geb. Drose

sprechen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die herzliche Teilnahme beim Hinscheiden der lieben Toten unseren tiefgefühlten Dank aus. — Ganz besonders danken wir Herrn Konstantin Palor Dietrich für die trostreichen Worte am Grabe, den edlen Kranzspendern sowie allen, die der teuren Heimgegangenen das Geleit zur letzten Ruhestätte gegeben haben.

3189

Die trauernden Hinterbliebenen.

## Erfahrener älterer Bürovorsteher- Korrespondent

mit Hochschulbildung, prima Referenzen, deutsch, russisch, polnisch, englisch und französisch.

**Sucht ab sofort Stellung**

in solider Firma hier oder auswärts. Offerten unter „Dolla a month“ in der Geschäftsstelle der „Freien Presse“.

2949

## Für ein hiesiges Engros-Handlungs-Geschäft wird ein jüngerer Verkäufer

gesucht. Nur branchenkundige mit der Kundenschaft bekannte Restauranten wollen ihre Off. unter „Wolle“ in der Geschäftsstelle d. Bl. abgeben.

3153

Suche für unseren Betrieb, Bleiche u. Appretur einen bilanzsicheren

## Buchhalter

Bracia Müller, Kalisz, Majkowska 23.

3083

## Kaufmann

der über 15 Jahre in einem der größten Hüttenwerke und Kohlengruben in Sudetland (unlängst zurückgekehrt) die Ein- und Verkaufsbüroarbeiten geleistet hat sucht entsprechenden Posten. Beherrscht die polnische, deutsche und russische Sprache. Off. unter „Kaufmann“ an die Geschäftsstelle d. Bl.

3149

## Strumpffabrik- Werkführer

der selbständig die Bedienung von feinsten Corona-Maschinen übernehmen kann, in Alor und Ru fließend eingearbeitet ist, wird bei hohem Lohn, freier Wohnung für sofort gesucht. Off. mit Zeugnisabschriften unter „S. S.“ an die Geschäftsstelle d. Bl.

3123

## Erstklassiges Herren-Schneider-Atelier

## Fr. Chojnacki

Lodz, Sienkiewicza 59 (Front-Laden) übernimmt aller Art ins Fach schlagende Bestellungen.

4000

## Poszukuję nauczycielkę

(niemke) niemieckiego. Łaskawe oferty sub. „Tu w Redakcji“ do administracji tego pisma.

3191

Christ, 24 Jahre, mit Buchführung und Büroarbeiten vertraut, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, sucht ab sofort

## Stellung

im Büro hier oder auswärts. Off. unter „A. R.“ an die Geschäftsstelle d. Bl.

3197

Ein erfahrener, tüchtiger

## Walker

für Strohwaren wird zum baldigen Antritt gesucht. Reißtirt wird nur auf erfüllbare Kraft. Off. unter „A. B.“ an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

3198

## Intelligente junge Frau

der deutschen und polnischen Sprache mächtig, in ungeliebter Stellung, sucht passenden Posten als Kassiererin, Verkäuferin oder leichte Büroarbeiten. Offerten unter „B. Scheiden“ an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

3004

## Verkauf sämtlicher Pelzwaren

in rohem und fertigem Zustande. Reparaturen Annahme. Mäßige Preise! Reellste Bedienung!

## I. D. Dawidowicz

Retiratur Straße 19

im Hofe, 2. Eingang, links, 3. Etage

2647

## Für zukünftige Lehrerinnen.

Junge Dame und Herrin, die eine lehrerliche Mittelschulbildung (möglichst Gymnasium) genossen haben und die polnische Sprache völlig beherrschen, können in der Lodzer Umgebung eine Anstellung als Lehrerin finden. Es wird Ihnen dadurch leichter sein, später die Lehrerinnenprüfung zu bestehen. Anmeldungen vermittelt die Geschäftsstelle der „Freien Presse“.

3182

Gut eingerichtetes Engros-Handlungshaus in Bielitz sucht

## Fabriksniederlage

von Baumwollwaren für Schlesien. Eigene Fabrik und Kapital vorhanden. Off. unter „Auskunft“ in der Geschäftsstelle d. Bl.

318



## Kirchenchorverein „Zoar“, Lodz

feiert Sonntag, den 28. Oktober, 5 Uhr nachmittags, im Saale des Lodzer Sport- u. Turnvereins, Zakajna 82, das

## 16-jährige

## Stiftungs-Fest

unter Mitwirkung des Lodzer Zithervereins. — Im Programm sind vorgesehen: Chor und Sologelänge, Deklamationen, Musikvorträge, Singpiel, Schauspiel, sowie die Aufführung der 2-akt. Operette „Die Macht der Liebe“ — Nach Programm gemächliches Beisammensein

Großes Glücksrad. Büfett. Großes Glücksrad.

Alle befreundeten Vereine sowie Freunde und Gönner laden höflich ein.

Die Verwaltung.

Billetvorverkauf findet statt: im Wurstgeschäft J. Beutler, Wulczanska 146, Galanteriewarengeschäft R. Liedke, Napiórkowskiego 40.

1351

## Dr. med. BRAUN,

Spezialarzt für Haut-, venerische und Gonorreanfrankheiten Poludniowa 23  
Empf. v. 8-10, 1-2 und von 4-8.

2994

## Edmund Eckert

Haut-, Gonorre- u. Geschlechtskrankheiten. 12-3 u. 6-7. Damen 3-4 Uhr nachm. Klinisch-Strasse 127  
a. 3. Hand v. d. Götterstr.

## Dr. Ludwig Falk

Spezialarzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten empfängt von 10-12 und von 5-7.

22-8

Nowotstr. Nr. 7.

Haut- u. venerische Krankheiten Dr. S. Lewkowicz  
Konstantiner 9.

Empfängt von 9-1 vorm. und von 6-8 nachm., von 5-6 für Damen.

299

Zurückgekehrt

## Dr. Prybalski

Haut-, Gonorre- u. venerische u. Gonorreanfrankheiten Behandlung mit Quarzlicht (Draufschall) u. Röntgenstrahlen, Gefäßoperation u. Massage. Von 9-1 u. 4-8, für Damen von 4-5 Uhr. Zawadzka Nr. 1.

2603

## Dr. Roschane

Haut-, Geschlechts- und Gonorreanfrankheiten Behandlung mit künstl. Höhenstrahlung. Dzielna-Strasse 9.  
Empf. v. 8-10, u. 4-6.

## Trinitatiskirche, Sonntag, d. 28. Okt.

abends 8 Uhr

## Wohltätigkeits-

## Kirchen-Konzert

## Alfr. BIRNBACHER LANGE

(Orgel)

unter gütiger Mitwirkung des Madrigal-Quartetts, Werke von L. S. Bach (große G-moll Fuga) Platti, Guilman, Madrigale von Jomelli, Palestrina, Hiller.

Programms, die zum Eintritt berechtigten sind in der Kirchenkanzlei vom Freitag d. 26. Okt. an zu haben.

3160

## Gute kaufm. Kraft

wird zum sofortigen Antritt gesucht. Angebote an die „Freie Presse“ unter „Kaufm. Kraft“ erbeten.

## Florteiler

Einem möglichst Hartmann, für 1550 gesucht. Angebote an die Geschäftsstelle d. Bl. unter „Florteiler“ erh.

## Intel. junge Dame

die Maschine schreibt, die deutsche, poln., russ. und franz. Sprachen beherrscht, Kenntnisse im Englischen und in der Buchführung besitzt, zwei Jahre im Büro gearbeitet hat, sucht Stellung. Off. unter „A. S.“ an die Geschäftsstelle d. Bl. erh.

3194

## Kinder mädchen

zu begeben, das auch im Haus mithilft, zu 4-jähr. Ende gesucht. Bestenfalls von 2-4 Uhr nachm. Nowocielewska Nr. 48, B. 10.

3188

## Eine Wirtin

(Frau) sowie ein St. Hausmädchen, bis 14 Jahren, gesucht. Off. unter „Wirtin“ an die Geschäftsstelle d. Bl.

3196

Ein junger intelligenter Herr sucht bei besserer Familie ein

## möbl. Zimmer

Breit, gleichgültig. Off. unter „B. Z.“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

3198

## ZIRKUS CINISELLI.

## FRIKO und AMORS

nicht nur die besten, sondern auch die neuesten Repertoire u. viele andere herrliche Zirkus-Attraktionen.

Neue und täglich um 8.30 abends.

LAJOS RIGO mit neuem Repertoire THE KAYS

— Programm Nr. 3. Neues Repertoire! Auf Wunsch des Publikums

Tanz-Duet mit neuen Tänzen. Englisch-arabisches Pferd „Hetman“ — höhere Kunstgymnastik. Dir. A. Cinielli.

— Am Montag u. Donnerstag ermäßigte Preise. — Die Tramverbindung in der Richtung Widzew mit Geyer-Ring zugesichert.

3194